



KURZ VOR DER WAHL IN SACHSEN WERDEN "BEWÄHRTE PAROLEN"

WIEDERHOLT

Linkspartei wirbt offen mit Enteignung und Klassenkampf

Von CANTALOOB | Auch die SED-Nachfolgepartei wittert in der anstehenden „Entscheidungs-Schlacht“ um Mitteldeutschland aktuell Morgenluft. In ihrem einstigen Allein-Habitat praktizieren sie ihren Basic-Wahlkampf mit exakt jenen klassenkämpferischen Leitsätzen, die sie bereits seit Jahrzehnten bemühen. Und nennen das Aufwärmen von solcherlei Kalauern aus der frühsozialistischen Mottenkiste auch noch eine politisch-gesellschaftliche Innovation.

Erstaunlicherweise wäre ein erbitterter früherer Gegner, nämlich unsere gewandelte Merkel-CDU, dennoch bereit, die Neo-Kommunisten mit ins (Regierungs-)Boot zu nehmen. Vielleicht bald sogar auf Bundesebene? Wenn dieser billige und leicht zu durchschauende Aktionismus nur dazu beiträgt, die derzeit ebenso geschmähte wie bärenstarke AfD im Osten zu isolieren. Das bewusste Abschaffen der freien Marktwirtschaft nimmt man hierbei billigend in Kauf.

Eine erstaunlich übergreifende Parteieinigkeit

Von ganz links – bis hin zur einstigen bürgerlichen Mitte wird also aktuell die eigene Wahlklientel mit Parolen und Devisen bedient. Dieses traute Verbundenheitsgefühl beim kollektiven AfD-Bashing eint die früheren Kontrahenten. Nachdem krude Enteignungs-Phantasien bereits von der SPD bzw. den Grünen aufgrund stetiger Wiederholung gewissermaßen salonfähig gemacht worden sind, werden diese neo-marxistischen Taschenspieler-Tricks auch hier wieder bemüht.

Die Berliner Parteizentrale der Linken, namentlich vor allem Katja Kipping, unterstützt mit dieser aufgesetzten Wirtschaftsfeindlichkeit ebenfalls ihre Wahlkämpfer in den neuen Bundesländern nach Kräften. A propos „Enteignung“. Wo das verbliebene und nicht unbeträchtliche Parteivermögen der SED eigentlich abgeblieben ist, kann auch bis heute nur vermutet werden.

Das Postulat der Gleichheit für alle als politische Norm



Enteignen, am besten Deutsche!

Ob derlei rigide Zugriffe auf das Vermögen von Privatleuten und Wirtschaft bzw. in sensible Investoren-Bereiche zu Zeiten einer sich anbahnenden wirtschaftlichen Rezession wirklich Sinn machen, muss jeder für sich selbst entscheiden. Als aktuell drittstärkste Kraft in Sachsen mit knapp 14 Prozent Umfragewert sind die Linken dennoch keinesfalls zu

unterschätzen.

Sie treffen offenbar immer mehr den Nerv der Zeit – und beflügeln somit den waltenden Ungeist nach einer ihrer Ansicht nach dringend gebotenen sozialistischen Reformation unseres Landes. Gleichsam befinden sich weite Teile der SPD nun ebenfalls auf dieser kompromisslosen Linie. Zwischen diese beiden Parteien passt vielerorts kein Blatt Papier mehr. Obwohl zu befürchten steht, dass dieses muffige Genossen-Establishment im Falle einer Zusammenarbeit die Landesregierungen zukünftig noch dilettantischer fortführt, als dies bereits ohnehin unter ihrer Ägide geschieht.

Aber eines muss man der Linksaußen-Partei lassen. Sie machen keinerlei Hehl daraus, was passieren wird, wenn sie, auf welche Art auch immer, in Regierungsverantwortung treten sollten. Mit diesen Statements ist auch endlich die abschließende Frage beantwortet, wie viel SED noch in dieser aktuellen Linkspartei steckt.



Kiel: Grüne schreiben Leserbriefe selbst

Von CHEVROLET | Wie bringt man als Lokalpolitiker seine Ansichten unters ebenso lokale Wählervolk, damit es einem ein Pöstchen im örtlichen Gemeinde- oder Stadtrat gibt? Natürlich,

Sonnenschirm auf dem Markplatz, farbige Luftballons, bunte Flyer, ein paar Kulis, ein Blümchen für die Damen, dann das klassische Klinkenputzen, das heute „Canvassing“ heißt, Politik kann für ein paar Euro Aufwandsentschädigung mühselig sein.

Umso mehr Respekt gebührt den Lokalpolitikern, die sich nicht mit Trump, Putin und der planmäßig laufenden Deindustrialisierung Deutschlands beschäftigen müssen, sondern mit der sprichwörtlich drückenden Frage, ob der lokale Marktplatz eine öffentliche Toilette bekommt oder auch nicht, während die „großen Brüder“ in Berlin schon alleine mit dem Geld zählen und durch die Welt jetten genug zu tun haben.

Ist man dann gewählt, darf man im Stadtrat sprechen, auf Versammlungen reden und Pressemitteilungen schreiben, mit denen dann die Lokalredaktion der Zeitung bombardiert wird, deren Chef sich stets über „Füllstoff“ für die leeren Seiten freut, den der Volontär umschreiben darf. Da wird dann aus einer Seite Pressemitteilung schnell ein an den Mitarbeiter geraunztes „nicht mehr als 15 Zeilen“.

Für unseren Lokalpolitiker gleich welcher Couleur natürlich frustrierend, dass das ihm so wichtige Thema „Fliegenzählung am Stadtrand“ nicht die angemessene Bedeutung bekommt.

Und wie hilft man sich da kreativ? Natürlich per Lesebrief. Wie der Name schon sagt, darf da der Leser seine Meinung zum Thema äußern. Online gibt es ja die Foren und Kommentar-Spalten, wie wir sie auch bei PI-NEWS kennen und schätzen. Während da auch „Off-Topic“-Beiträge hineindürfen, in gewissen Maßen, nehmen es die Zeitungen da sehr genau. Noch genauer nehmen sie es aber mit den Autoren der Leserbriefe: Politiker sind da nicht gerne gesehen.

Was liegt da in Zeiten von Fake-News näher, als Leserbriefe zu fälschen?

Das sagten sich wohl Dennis Mihlan und Andreas Müller. Kennen

Sie nicht? Verständlich, bei den beiden Lokal-Grünen handelt es sich um Politiker aus der Kleinstadt Schwentidental östlich von Kiel. Mihlan und Müller sitzen als Abgeordnete im Kreistag des Kreises Plön.

Sie schrieben zwischen Mai 2018 und Juli 2019 mehrfach [unter falschem Namen Leserbriefe](#) an die „Kieler Nachrichten“. Fünf Leserbriefe waren es, die die Grünen Khmer den Kieler Nachrichten unterjubeln wollten und damit die Richtlinie, keine Leserbriefe von Mandatsträgern zu veröffentlichen, unterlaufen.

Die beiden Lokalpolitiker hatten sich laut Kieler Nachrichten die Namen Walter Stängel und Bernd Seiler gegeben und zur Tarnung falsche E-Mail-Accounts (wiesenstaengel@gmx.de und bernd.seiler1@gmx.de) verwendet. Drei der eingeschickten fünf Briefe wurden von der Redaktion auch veröffentlicht.

Unter ihren Fake-Namen sollen sich Mihlan und Müller demnach relativ auffällig über die Stadtverwaltung, den parteilosen Bürgermeister Michael Stremlau, die politischen Gegner aus CDU und SPD, die Stadtwerke und das Thema Freibadsanierung mokiert haben. Auch hätten sie Intransparenz bemängelt. Die Grünen stellen in Schwentidental die größte Fraktion in der Stadtvertretung.

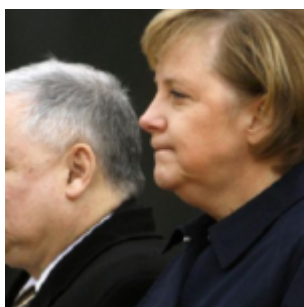
Ungeschickt von den beiden überschlaunen Grünen: Die E-Mails der beiden Politiker klangen offenbar verdächtig nach offiziellen Schreiben aus der Grünen-Fraktion, insbesondere der letzte Brief von „Walter Stängel“ habe in Stil und Tonfall sehr den Pressemitteilungen der Grünen geähnelt.

Die Recherche der Redaktion ergab schließlich, dass ein „Walter Stängel“ gar nicht existierte. Eine der Mail-Adressen habe aber über Umwege direkt zu Dennis Mihlan geführt. Sowohl Mihlan als auch Müller bestritten anfänglich die Vorwürfe der Zeitung, knickten dann aber doch ein und gestanden ihre Fälschungen.

Besonders für Mihlan bedeutet der Skandal einen Rückschlag in seinen politischen Ambitionen: Seit 2018 ist er Bürgervorsteher, und laut den „Kieler Nachrichten“ wollte er 2020 für den Posten als Bürgermeister kandidieren.

Anfang der Woche folgte dann die Sanktion: In einer gemeinsamen Sitzung von Kreisvorstand, Kreistagsfraktion und [Grünen-Ortsverband Schwentimental](#) übten die beiden Selbstkritik und bekannten die eigenen moralischen Grundätze verletzt zu haben und legten daraufhin alle ihre Ämter nieder. Allerdings nimmt man nicht ganz von der Lokalpolitik Abschied, sondern behält seine Sitze in Kreis- und Landtag. Und der Vorsitzende des Ortsvereins Schwentimental freute sich: „Wir wissen, dass wir mit Dennis Mihlan und Andreas Müller zwei grüne Leistungsträger in unseren Reihen haben und unterstützten die weitere gemeinsame Arbeit für unsere Stadt!“

Waren die beiden grünen Lügner nun Einzelfälle? Oder doch nur die Spitze des Eisbergs bei den Altparteien?



Wie soll es mit Polen und Deutschen nach der Merkel/Kaczynski-Ära weiter

gehen?

Von DR. VIKTOR HEESE | Zum 80-jährigen Gedenktage des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges wäre jenseits der zahlreichen Schuld-, Verbrechen-, Vertreibungs- oder Reparationsfragen konstruktiver zu überlegen, wie es mit Polen nach der Merkel-Ära in Deutschland und der Kaczynski-Ära in Polen weiter gehen sollte.

Ehemalige deutsche Ostgebiete heute – ein Land ohne (deutsches) Volk

Nicht nur viele Aussiedler – [so der Autor](#) – halten die Wiederbelebung der alten Frage nach den deutschen Grenzen im Osten für wirklichkeitsfremd und wenig zielführend. Die Zahl unserer in der Region noch lebenden Landsleute ist heute schon aus demographischen Gründen verschwindend gering. Zum Beispiel zählt die deutsche Minderheit im ehemaligen Ostpreußen vielleicht noch ein paar Tausend Personen. Ihre Nachkommen haben so gut wie keine Beziehung zum Deutschtum mehr.

Aus meinem Heimatdorf Altmark (heute polnisch Stary Targ) im Kreis Stuhm/Westpreußen hatten die letzten der noch vor 1945 Geborenen Anfang der 1970er-Jahre die Heimat in Richtung Westdeutschland verlassen. Die Leute können aber heute jederzeit auch mit Kleinstkapital dort zurückkehren, was nicht wenige [bereits tun](#). In dem dicht besiedelten Schlesien sollen die Zahlen etwas günstiger ausfallen. Dennoch ist es auch hier verschwindend wenig. Ins arme Deutschland kommen jährlich mehr Migranten als es in [Polen noch Deutsche](#) gibt.

Neubeginn der deutschen Geschichte im Osten durch Einwanderung?

Was heute in einer Zeit, wo die Leistungsträger das Multi-Kulti-Deutschland verlassen wollen, realistisch ist, wäre eine Wiederansiedlung der Deutschen auf der Basis der Leistungserbringung vor Ort und der Loyalität zum polnischen

Staat ohne irgendwelche utopischen Forderungen. Auch viele Russland-Deutsche machen sich [auf den Weg zurück](#).

So verlief auch die Ansiedlung vor Jahrhunderten und damals klappte es – besonders im Mittelalter und in den 15. bis 18. Jahrhunderten – hervorragend. Sachsens Wettiner August der Starke und sein Sohn August III waren sogar Könige von Polen. Wenn Polen heute aufgrund des Wirtschaftsbooms ökonomisch bald „auf Augenhöhe“ mit dem kriselnden Deutschland steht, entfällt jede Neidgefahr mit den einströmenden „reichen Deutschen, die alles aufkaufen wollen“ – wie es noch in 1970er- und den 1980er-Jahren hieß.

Auch wenn es durch die Brüssel/Berlin-Attacken gegen das politisch nicht korrekte Polen nicht danach aussieht, ist die Chance für einen geschichtlichen deutschen Neuanfang in diesem Teil des [Ostens Europas](#) günstiger denn je. Vielleicht werden wir Deutsche bei fortschreitender Islamisierung bald dorthin in Massen flüchten müssen?

Was nützt und was nützt nicht im echten Dialog mit Polen?

Der verschiedenen Publikationen rund um den 2. Weltkrieg und die verlorenen Ostgebiete sind sicherlich „quellentechnisch“ oft sehr fundiert und die Berichte über die Vertreibung leider erschütternd. Sie geben aber keinen Hinweis, wie es mit den Polen friedlich weitergehen soll. Jeder, der Vergangenheitserklärung betreibt, muss den Mut haben, diese Frage auf den Boden der heutigen Realität zu beantworten. Das wird leider in solchen „Analysen“ häufig vermisst.

Denn es bleibt wohl umstritten, dass unser östlicher Nachbar sich mit den Deutschen nicht mehr in Debatten über Schuld und Gegenschuld verwickeln lassen möchte, zumal wenn er ein starker Verbündeter im Kampf gegen die von Brüssel gesteuerte Islamisierung Deutschlands ist – wie einst 1683 das christliche polnische Heer unter König Sobieski beim Sieg über die Türken bei Wien.

Wenn in Deutschland einmal ökonomisch gedacht wäre, verlöre auch [Polens Reparationsforderung von 800 Milliarden Euro](#) (resultieren aus einer in 1945 errechneten und mit vier Prozent verzinsten Anfangsforderung von 50 Milliarden US-Dollar) ihren Schrecken. Denn wenns schon ums Geld geht, hat auch Deutschland das Recht, der Republik Polen eine Gegenrechnung für die Hunderttausenden ihrer während des Kriegsrechts in 1980er-Jahren hier gestrandeten und von uns alimentierten Landsleute aufzustellen. Die Polen wissen, dass Deutschland 40 Milliarden Euro jährlich für Migranten ausgibt und dafür Geld hat. Würde die Zahlung in 100 Jahresraten beglichen (wie nach dem Ersten Weltkrieg) wäre sie für ein Land, dass „so vieles schaffen kann“ verkraftbar.

Fazit

In baldigen Debatten rund um den 80. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges werden Hinweise auf die Leistungen Deutscher in den ehemaligen Ostgebieten und deutscher Minderheiten in Osteuropa wohl rar bleiben. Es freut daher, dass es noch Plattformen gibt, wo daran erinnert werden darf.



Dr. Viktor Heese.

*Dr
.
Vi
kt
or
He
ese
ist
Do
zent
un*

d
Fa
ch
bu
ch
au
to
r.
Sp
ez
ia
li
si
er
t
ha
t
er
si
ch
au
f
de
m
Ge
bi
et
de
r
Bö
rs
en
un
d
Ba
nk
en

·
Für
r
Bö
rs
en
an
fä
ng
er
ha
t
er
da
s
Bu
ch
„F
un
da
me
nt
al
-
ve
rs
us
Ch
ar
tt
he
or
ie
-
Me
th
od

en
de
r
Ak
ti
en
be
we
rt
un
g
im
Ve
rg
le
ich
h“
(S
pr
in
ge
r
20
15
)
ve
rf
as
st
.
Er
be
tr
ei
bt
di
e

Bl
og
s
[pr](#)
[aw](#)
[da](#)
[24](#)
[.c](#)
[om](#)
un
d
[fi](#)
[na](#)
[nz](#)
[er](#)
[.e](#)
[u](#)
un
d
gi
bt
de
n
Bö
rs
en
br
ie
f
[„D](#)
[er](#)
[Zi](#)
[ns](#)
[de](#)
[te](#)
[kt](#)
[iv](#)

“
he
ra
us
.
He
es
e
ko
mm
t
au
s
Ma
su
re
n
un
d
le
bt
se
it
üb
er
40
Ja
hr
en
in
Kö
ln
.”



250 Persönlichkeiten fordern Überprüfung der Hass-Verse im Koran

Während in Deutschland muslimische Straßenzüge und Stadtteile zu No-go-Areas mutiert sind, in denen hebräischsprechende, Kippa-Träger und Menschen mit einem Davidstern-Anhänger Gefahr laufen, bedroht und geschlagen zu werden, ereignet sich im Nachbarland Frankreich bereits eine brutale Mordserie durch Islamisten an Juden. Dessen Schilderungen und Hintergründe gehören sicherlich zu den beklemmendsten Passagen im Buch [Sicherheitsrisiko Islam: Kriminalität, Gewalt und Terror – Wie der Islam unser Land bedroht.](#)

Infolge der unkontrollierten muslimischen Masseneinwanderung erstarkte der Judenhass nicht nur in Deutschland, sondern in nahezu allen westeuropäischen Ländern. Dennoch bleibt der islamische Antisemitismus in Deutschland ein großes Tabu-Thema, denn dieser überführt gleich mehrere linke Dogmen einer Verdrehung der Realität, die bei der angeblich ausnahmslosen kulturellen Bereicherung durch die muslimische Masseneinwanderung beginnt und über die Integrationsweigerung von Muslimen selbst in der dritten und vierten Einwanderungsgeneration bis hin zur drastischen Verschlechterung der inneren Sicherheit durch einen ansteigenden muslimischen Bevölkerungsanteil reicht.

In der Realität stellt sich der durch Berliner und europäische Eliten erzwungene Multikulturalismus immer häufiger als ein hochexplosives Gemisch dar, welches für den Normalbürger in lebensgefährliche Situationen mündet. Welche Gefahren vor diesen Hintergründen jüdischen Gemeinden in Deutschland tatsächlich drohen, verdeutlicht ein Blick nach Frankreich. Die dortige jüdische Gemeinde, die mit ihren rund 500 000 Mitgliedern die größte Europas darstellt, sieht sich mit einem weitverbreiteten muslimischen Judenhasse konfrontiert, der mitunter tödliche Auswirkungen hat.

Der eingewanderte Judenhasse

Die Muslime in Frankreich (die Schätzungen reichen von 5–9 Millionen bei rund 65 Millionen Gesamtbevölkerung) stammen überwiegend aus Algerien, Marokko, Tunesien, Mauretanien sowie Subsahara-Afrika, Mali, Senegal, Tschad, Guinea, den Komoren und der Türkei. Da diese Herkunftsländer auch den einwandernden Flüchtlingsstrom nach Deutschland betreffen, sind die französischen Verhältnisse dabei, sich nun auch in Deutschland zu etablieren.

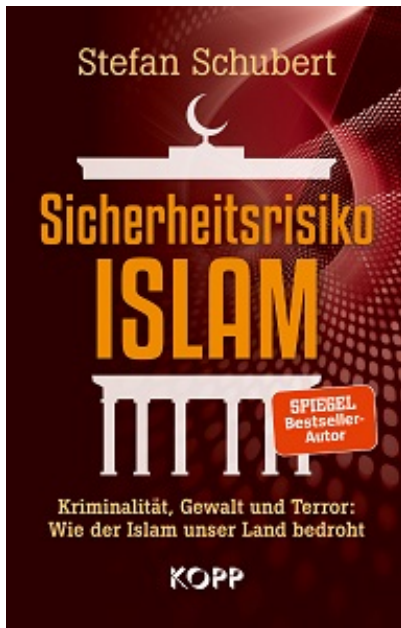
Nicht nur die allgemeine Sicherheitslage hat sich in Frankreich nach der Serie islamistischer Terroranschläge extrem verschärft, sondern insbesondere die der jüdischen Gemeinde, deren Alltag regelmäßig von schweren Gewalttaten erschüttert wird. So sind für das Jahr 2018 541 judenfeindliche Übergriffe registriert, was im Vergleich zum Vorjahr einen Anstieg von rund 74 Prozent darstellt. Bei der Bekanntgabe dieser Zahlen zeichnete der französische Innenminister Castaner dementsprechend auch ein düsteres Bild: »Der Antisemitismus breitet sich aus wie ein Gift«. Und auch Joél Mergui, ehemaliger Präsident des jüdischen Zentralkonsistoriums, zog ein bedrückendes Fazit: »Aus Angst zu stigmatisieren hat Frankreich den Kampf gegen den Islamismus verloren.« Doch nicht nur Frankreich, ist man angesichts der Parallelen in Deutschland hinzuzufügen geneigt.

Muslimische Gang foltert Pariser Juden zu Tode

Unvergessen bleiben die brutalen Folterungen und der Mord an dem französischen Juden Ilan Halimi. Unter einem Vorwand wurde der 23-Jährige in einen Pariser Vorort gelockt, um dort von einer Gang überwältigt und entführt zu werden, woraus sich ein 24-tägiges Martyrium für Ilan entspann. Die Entführerbande um den Haupttäter Youssef Fofana (von der Elfenbeinküste herkommend, mehrfach vorbestraft und in Haft) entkleidete und fesselte ihn, stach mit Messern auf ihn ein und drückte Zigaretten auf seinem Körper aus, um ihn dann mit einer brennbaren Flüssigkeit zu übergießen und anzuzünden. Als man ihn schließlich, mit Säure verätzt, in der Nähe von Eisenbahngleisen entdeckte, war es zu spät, um sein Leben zu retten.

Neben der Bande waren aber auch Nachbarn, Freunde und Bekannte der Täter bei der Bewachung dabei gewesen, hatten den Folterungen zugesehen oder sich direkt an ihnen beteiligt. Niemand in dem muslimisch geprägten Viertel war in diesen 24 Tagen auf die Idee gekommen, die Behörden zu alarmieren. Während der späteren juristischen Aufarbeitung wurden insgesamt 27 Täter wegen Beteiligung an Folter und Mord verurteilt. Doch noch zum Prozessauftritt vor dem Pariser Schwurgericht schrie der Hauptangeklagte Youssef Fofana: »Allahu Akbar«.

Tatmotiv Judenhass



Mireille Knoll war eine französische Überlebende des Holocaust. Am 23. März 2018 wurde die 85-Jährige durch den muslimischen Sohn einer Wohnungsnachbarin mit elf Messerstichen ermordet. Danach legte der 29-jährige Yacine M. Feuer in der Wohnung und drehte den Gasherd auf. Weil er vergessen hatte, den Gashauptahn zu entriegeln, kam es allerdings zu keiner Explosion in der Wohnung. Der Stadtteil, in dem dies geschah, verfügt über einen hohen Anteil an Nordafrikanern und arabischen Einwanderern. Die Behörden

hatten das muslimisch-antisemitische Motiv hinter der Tat sofort erkannt. Doch sie verschwiegen und bestritten es zunächst, um muslimische Vorstadtjugendliche vor einem Pauschalverdacht zu bewahren und zu verhindern, dass sich inmitten des laufenden Präsidentenwahlkampfes die Warnungen und Argumente des Front National bewahrheiten würden.

Der Mord an der 85-jährigen Holocaust-Überlebenden ist seit 2003 bereits das elfte jüdische Mordopfer, das durch islamischen Judenhass in Frankreich zustande kam:

- Sébastien Selam, ein 23-jähriger Jude, wird von seinem Nachbarn und Jugendfreund Adel Amastaibou getötet. Der Muslim ruft bei der Tat: »Ich habe einen Juden getötet! Ich gehe ins Paradies!«
- Mohamed Merah, von algerischer Abstammung, erschießt sieben Personen. Zuerst drei Soldaten in Südfrankreich, danach bei einem Terroranschlag, den er auf eine jüdische Schule in Toulouse verübt, drei Kinder und einen Lehrer.
- Amedy Coulibaly, dessen Familie aus Mali stammt, war ein islamistischer Terrorist, der sich zu al-Qaida bekannte. 2 Tage nach dem Anschlag auf Charlie Hebdo (zwölf Tote) erschoss er hinterrücks die 26-jährige Polizistin Clarissa Jean-Philippe und verletzte einen weiteren Beamten schwer. Einen

Tag später überfiel er einen koscheren Supermarkt in Paris und erschoss bei der Geiselnahme gezielt vier jüdische Menschen.

- Beim Anschlag auf das Jüdische Museum in Brüssel erschoss der algerischstämmige französische Dschihadist Mehdi Nemmouche mit einer Kalaschnikow AK-47 vier Menschen. In der Urteilsbegründung gegen ihn wies das Gericht explizit auf den »ausgeprägten Antisemitismus« dieses islamischen Terroristen hin, der vor Gericht auch keinerlei Reue zeigte. Es handelt sich bei ihm um einen IS-Syrien-Rückkehrer, der über ein Jahr lang bei der Dschihadistenmiliz gekämpft hat. Ihm werden Folterungen vorgeworfen sowie Verbindungen zur Terrorgruppe des 13. November 2015, die unter Abdelhamid Abaaoud eine Anschlagsserie in Paris koordiniert hatte, durch die 130 Menschen getötet und rund 700 verletzt wurden.

- Ein weiteres Mal wurde Frankreich von einem Mord aufgewühlt, dieses Mal an der 64-jährigen jüdischen Sarah Halimi im April 2017. Die Rentnerin war von einem muslimischen Nachbarn totgeschlagen worden. Der Mann aus Mali drang in die Wohnung der Frau ein, folterte sie zu Tode und stieß sie aus einem Fenster im dritten Stock. Während der Tat rief er »Allahu Akbar« und rezitierte Koran-Suren.

Französischer Präsident fordert eine Überprüfung des Korans

Nach dem neuerlichen Mord an einer Jüdin durch einen Muslim unterzeichneten 250 Persönlichkeiten ein Manifest, in dem islamische Theologen dazu aufgefordert wurden, alle Verse des Korans, die zu Mord oder Bestrafungen an Juden, Christen oder sogenannten Ungläubigen aufrufen, als hinfällig zu erklären. Als Vorbild sollte die Distanzierung des Zweiten Vatikanischen Konzils vom katholischen Antisemitismus dienen. Bereits im Jahr 1965 hatte die Katholische Kirche ihren alten »Absolutheitsanspruch« abgelegt, und nichtchristliche Religionen wie das Judentum und den Islam als weitere Wege zum spirituellen Heil anerkannt. Unter den Unterzeichnern des Manifests, das die Überprüfung des Korans einforderte, war auch der frühere Präsident Nicolas Sarkozy. Man stelle sich

mal ein derartiges Engagement vonseiten Angela Merkels und anderer »politisch korrekt« sein wollender deutscher Regierungsverantwortlichen vor!

Was der katholischen Kirche vor Jahrzehnten gelang, wurde von heutigen islamischen Theologen jedoch brüskiert zurückgewiesen. Dabei erfuhren die Islam-Funktionäre sogleich Unterstützung aus dem linken Milieu, die dieses gemeinschaftliche Toleranz fordernde Manifest in gewohnter Manier in die Schublade »Stigmatisierung des Islams« einordnete. Kein namhafter islamischer Theologe – weder in Frankreich noch in Deutschland – hat sich bisher von den Hassaufrufen im Koran distanziert.

Bestellinformationen:

Stefan Schubert: *Sicherheitsrisiko Islam*, 318 Seiten, 22,99 Euro – [hier](#) bestellen!

Dieser Beitrag ist zuerst bei [KOPP Report](#) erschienen.



**Goslar: CDU-OB zwingt
Behindertenbeauftragten zum**

Rücktritt

Von H.G. | Der Goslarer Behindertenbeauftragte Peter König hat sich jahrelang ehrenamtlich besonders für behinderte Kinder und alte Menschen in seiner Heimatstadt eingesetzt und große Dienste erworben. Weil er aus seinem Herzen keine Mördergrube machte und sich in einem scharfen Kommentar zu einem Überfall auf einen 18-Jährigen durch drei Ausländer äußerte, wurde er jetzt vom Goslarer CDU-Oberbürgermeister Oliver Junk spektakulär zum Rücktritt gezwungen.

König hatte zu einem Artikel in der Hannoverschen Allgemeinen getwittert: *„Kann man den Bastarden nicht mal – wie in der Heimat üblich – die Hände abschlagen, auspeitschen oder ähnliches?“* Diese „Bastarde“ wollten schließlich nach der Scharia leben, dann könnten sie auch so bestraft werden, schrieb König.

Harte Worte – gewiss. Aber reicht das, um einen verdienten Bürger der Stadt gnadenlos mit Schimpf und Schande aus dem Ehrenamt zu jagen? Genau das hatte der Goslarer OB, dessen Partei das „C“ für „christlich“ im Namen trägt, geradezu erzwungen: entweder trete König selbst zurück oder der Rat der Stadt leite Königs Abwahl ein, forderte der „Christdemokrat“. Friss Vogel oder stirb, sagt der Volksmund gewöhnlich zu solchem Majestätsgehabe.

Keine Chance für zweite Chance

Nun ist es in Deutschland so, dass jeder Eierdieb angehört wird und eine zweite Chance bekommt. Selbst Totschläger bekommen zuweilen Bewährung.

Nicht so König. Er wurde von Junk einbestellt und befragt, ob er der Urheber des Kommentars sei. König bejahte, dann fiel das Fallbeil des Bürgermeisters. Ein solcher Tweet dürfe nicht ohne Konsequenzen bleiben, war dessen unmissverständliche Reaktion. Dass König sich von seiner Wut durch persönliche

Umstände hatte leiten lassen, die er nicht öffentlich benennen will, spielte keine Rolle, weil offensichtlich nicht hinterfragt. Die HAZ trat noch nach und erstattete Anzeige gegen den Tweetverfasser.

Gegen soviel Allmacht kann man wenig ausrichten, muss sich König wohl gesagt haben. Und trat zurück, um seiner Abwahl zuvorzukommen. Er entschuldigte sich für seinen wutgeleiteten „Aussetzer“.

König war erst vor einem Jahr bis 2023 [zum Behindertenbeauftragten berufen](#) worden. Er hatte sich gegen fünf Mitbewerber durchgesetzt. Hierfür kam ihm sein jahrelanges Engagement für Behinderte und alte Menschen und seine große Vernetztheit mit [karitativen Einrichtungen](#) zugute. OB Junk twitterte nach dem Rücktritt Königs gehässig:

Rücktritt des Behindertenbeauftragten der Stadt Goslar ist folgerichtig und erspart uns ein förmliches Abberufungsverfahren

– Oliver Junk (@oliver_junk) [29. August 2019](#)

Parallelen zum Fall Clemens Tönnies

Königs Fall erinnert an den Kommentar des Unternehmers und Schalke-Präsidenten Clemens Tönnies. Dieser hatte bei einer Handwerkertagung gesagt (PI-NEWS berichtete): „Und wenn wir zwischen 20 und 27 Milliarden Euro investieren, um ein Beispiel zu geben, in die Welt hinaus, um 0,0016 Prozent CO₂, bezogen auf den Globus, zu verändern: Warum gehen wir eigentlich nicht her und geben das Geld dem Gerd Müller, unserem Entwicklungsminister, und der spendiert jedes Jahr 20 große Kraftwerke nach Afrika? Dann hören die auf, die Bäume zu fällen, hören auf, wenn's dunkel ist, wenn wir sie nämlich elektrifizieren, Kinder zu produzieren. Ich bin in Sambia gewesen, dort gibt es 14,6 Kinder pro Pärchen. Ja, wat machen

die, wenn's dunkel ist?"

Dafür wurde Tönnies des „Rassismus“ bezichtigt, vor Sport- und Vereinskommision gezerzt und musste Abbitte leisten. Ihm wurde zumindest „gnädig“ eine dreimonatige Bewährungszeit zugebilligt.

Für den Krankenpfleger Peter König kam nicht einmal das in Frage. In Deutschland ist Meinungsfreiheit zur Worthülse verkommen. Wer was sagen darf, bestimmen zunehmend die Wort-Jakobiner.



Eklat bei Judo-WM: Ägypter verweigert Israeli den Handshake

Die [Times of Israel](#) vom 28.08.2019 vermeldet den jüngsten Erfolg der traditionell starken Judoka aus Israel:

Der israelische Judoka Sagi Muki aus Netanya gewann [am 28.8.] eine Goldmedaille bei der Judo-Weltmeisterschaft in Tokio. Er ist der erste israelische Mann, der in dieser Sportart die Goldmedaille gewinnt.

Muki trat in der Klasse bis 81 Kilo an. Im Final besiegte der Israeli den Belgier Matthias Casse. Im Halbfinale weigerte

sich der Ägypter Mohamed Abdelaal Sagi Muki nach dem Kampf die Hand zu schütteln. Muki sagte dazu: „Es tut mir leid, dass Abdelaal sich weigerte, mir die Hand zu schütteln. Ich freue mich, dass es mir möglich war, das schöne Gesicht Israels zu zeigen.“ ([Übersetzung: israelische Botschaft Berlin](#))

Für den unsportlichen Ägypter Mohamed Abdelaal dürften sein „Gott“ „Allah“ und dessen „Prophet Mohamed“ die Motivation für das schlechte Benehmen geliefert haben. Schließlich werden Juden weder im Koran noch in den Hadithen als gleichberechtigte Menschen verstanden, sondern als [Affen und Schweine](#) diffamiert.

Da fällt es den muslimischen Verlierern natürlich schwer, Haltung zu bewahren, wenn sie mal wieder ihre Unterlegenheit gegenüber Juden dokumentiert bekommen. Wir gratulieren Sagi Muki zu seinem (und Israels) erstem Weltmeistertitel in der Klasse unter 81 Kilo!



**Peinliche Tonpanne beim NDR:
„Warum arbeitest du hier**

noch, Alter?“

Von EUGEN PRINZ | „Kindermund tut Wahrheit kund“, sagt ein altes deutsches Sprichwort. Aber auch ein nicht ausgeschaltetes Mikrofon übernimmt manchmal diesen Job. So geschehen im Januar diesen Jahres im [Bayerischen Landtag](#) und am Montag letzter Woche in der ARD im Anschluss an die 15-Uhr-Tagesschau.

Offenes Mikrofon enthüllt unangenehme Wahrheit

Nach dem Ende der Sendung versäumte es die Regietechnik, aus der Sendung auszublenden oder zumindest die Mikrofone zu deaktivieren. Daher konnten die Fernsehzuschauer eine private Unterhaltung des Nachrichtensprechers Claus-Erich Boetzkes, der offenkundig das Studio an den gerade eintreffenden Jan Hofer für die nächste Sendung übergab, mit verfolgen. Was sie da mit anhören konnten, war harter Tobak für die Zwangsgebührenzahler, denn die beiden Tagesschausprecher machten sich über ihre dicken Honorare lustig, die von unserem sauer verdienten Geld bezahlt werden.

Boetzkes: „Hast du von deinem Auto eigentlich die Achsen verstärken lassen?“

Hofer: „Achsen?“

Boetzkes: „Ja!“

Hofer: „Warum?“

Boetzkes: „Damit du die Honorare fahren kannst, ohne dass das Ding wegknickt.“

Hofer: „Das mach ich heute doch alles in Bitcoins.“

Boetzkes: „Das habe ich natürlich – richtig! Du gehörst ja bereits zu den ganz Modernen, die mit Bitcoin arbeiten. Stimmt! Ich habe immer noch die Kisten ins Auto gepackt.“

Hofer: „Ich habe vorgestern eine Neubewertung meiner Immobilien bekommen – durch die Bank.“

Boetzkes: „Und? Warum arbeitest du hier noch, Alter, warum?“

Hofer: „Weiß ich auch nicht.“

Boetzkes: „Nur weil du Spaß hast?“

Hofer (flüsternd – in Bezug auf die Neubewertung seiner Immobilie): „Teilweise das Dreifache – der damaligen Bewertung“

Erst jetzt wird das offene Mikrofon bemerkt und ausgeschaltet. Es dauert natürlich nicht lange, bis die Szene auf YouTube zu finden ist. Immer mehr Internetnutzer sehen sie und geben so manchen bissigen Kommentar dazu ab.

So nehmen die Betroffenen Stellung

Gestern wurde das Thema vom [FOCUS](#) aufgegriffen. Das Magazin bat Jan Hofer um eine Stellungnahme. Die fiel kurz und bündig aus:

„Es war ein privater Joke unter Kollegen, der die Öffentlichkeit nichts angeht.“

Auf die wenig amüsierten Reaktionen in den Kommentarspalten angesprochen, entgegnete der Tagesschausprecher:

„Was die Leute in solchen Hasskommentaren schreiben, ist mir Wurst.“

Und der NDR meint dazu:

„Es handelte sich um eine Panne, dies war ein privates, nicht ernst gemeintes Gespräch, das wir nicht kommentieren.“

Hofer und Co: Wasser predigen und Wein saufen

Wer sich fragt, wie es die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten schaffen, trotz des riesigen Budgets aus den Zwangsbeiträgen ein so mieses Programm zu fabrizieren, hat jetzt die Antwort: Das große Geld fließt in die Gehälter und Pensionen der Funktionäre, sowie der Moderatoren und Redakteure, die durch eine Nachrichtensendung oder Talkshow führen.



Gefüllt werden also die Taschen der Volkserzieher, die uns mit Leichenbittermiene von der Not und dem Elend der Flüchtlinge erzählen. Und die uns ermahnen, noch mehr davon aufzunehmen, während sie selbst bequem in einer schicken Villa im Nobelvorort wohnen, wohin sich die Kollateralschäden der Zuwanderung nicht verirren.

Hofer und Co. lassen sich fürstlich dafür entlohnen, dass sie dem Volk Tag für Tag Regierungspropaganda der Marke Carola Rackete und Greta Thunberg eintrichtern, um es für den bevorstehenden großen Raubzug gegen sein immer weiter schrumpfendes Vermögen gefügig zu machen.

Ein privater Joke unter Kollegen mag es für Claus-Erich Boetzkes gewesen sein. Jan Hofer scherzt nicht, denn jemand, der einen Spaß macht, gibt diesen nicht flüsternd zum Besten. Außerdem gehört er zu jenem Typ Mensch, der zum Lachen in den Keller geht. Die Verdreifachung des Wertes seiner Immobilie hat er einer Politik zu verdanken, die sich gegen das eigene Volk richtet und die er tagtäglich den Zuschauern skrupellos als wichtig und richtig verkauft.

Die Wertsteigerung seiner Immobilie macht ihn in Verbindung mit seiner Tätigkeit zu einem „Kriegsgewinnler“ der Politik dieser Regierung gegen das eigene Volk. Vielleicht sollte er daran denken, dass es genau diese Wertsteigerung ist, die

jungen Familien den Erwerb eines Eigenheimes heutzutage fast unmöglich macht, von den ständig steigenden Mieten ganz zu schweigen.

Das sind die Folgen der Politik, die Hofer und Co. für ein dickes Honorar verkaufen und sich dabei noch über die Gebührenzahler lustig machen, die das finanzieren. Wer es den Zwangsgebühren-Sendern in Zukunft nicht mehr ganz so leicht machen möchte, kann sich [hier](#) und [hier](#) informieren, welche Möglichkeiten er hat.



Eugen Prinz
im Mai 2019
auf dem
Kongress der
Neuen Medien
in Berlin.

[Eugen Prinz](#) kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für [PI-NEWS](#) und den Blog [zuwanderung.net](#). Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015. Erreichbar ist Eugen Prinz über seine [Facebook-Seite](#) oder [Twitter](#).